



Münster Practice and Policy: Exportüberschüsse ein Zeichen von „Stärke“?

Ausgabe 9

Exportüberschüsse ein Zeichen von "Stärke"?

- So wie Donald Trump die deutschen Exportüberschüsse als ständige Provokation betrachtet, werden sie auf der anderen Seite von deutschen Politikern häufig als Ausweis einer wettbewerbsstarken nationalen Wirtschaft (und implizit als Ergebnis guter Wirtschaftspolitik) gefeiert. Aber das ist nur die halbe Wahrheit – bestenfalls.
- Entscheidend für eine Gesamtschau ist der Blick auf das Aggregat: Die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung hält fest, was wir (leider) exportieren, also „hergeben“, müssen, damit wir im Gegenzug die Waren oder Dienstleistungen im Ausland kaufen können, die wir besonders brauchen oder schätzen. Um Bill Clinton zu paraphrasieren: „It’s the import side, stupid“.

Der lange Schatten von John Maynard Keynes verstellt den Blick auf die Wirtschaftspolitik, auch 73 Jahre nach dessen Tod: Da es in seinem Modell einer Depressionsökonomie an Nachfrage mangelt, ist der Export willkommen als Lokomotive, um die nationale Volkswirtschaft aus der Krise zu führen. Seitdem sind „Exporte“ wirtschaftspolitisch positiv besetzt, weil sie Arbeitsplätze und Einkommen schaffen. Die westlichen Industrieländer leiden aber nicht an Nachfrageschwäche, wie man ja leicht an der Bilanzverlängerung der Zentralbanken und den Zuwächsen bei den Staatsausgaben ablesen kann. Das sollte den Blick auf fundamentale, nicht-konjunkturelle Zusammenhänge lenken.

Der Export ist der Teil der nationalen Ressourcen, die wir dem Ausland (bzw. den ausländischen Kunden) zur Verfügung stellen, damit wir Produkte oder Dienstleistungen wie Erdöl oder Urlaubsreisen in die Sonne kaufen können, die wir so nicht im Angebot haben. Im Zuge der weltweiten Arbeitsteilung werden diejenigen Produkte ausgeführt, die deutsche Unternehmen relativ besser herstellen können, als es anderenorts der Fall ist. Wir exportieren also nicht Luxusautos in die USA, weil das bei uns Arbeitsplätze schafft, sondern weil wir Dollar benötigen, um z.B. Software von dort oder seltene Erden aus China zu kaufen.

Bei dem Austausch geht es in erster Linie um die Importe, für die nolens volens mit Gegenleistungen bezahlt werden muss. Was uns daher besonders interessiert, ist die Importproduktivität unserer Exporte (Terms of Trade). D.h. unser Ziel sollte es sein, so wenig Ressourcen für Exporte wie möglich abzweigen zu müssen, um ein gegebenes Importvolumen begleichen zu können.

Wenn es nur um möglichst hohe Exporte ginge, dann läge deren Importproduktivität nahe Null – wir würden das meiste verschenken und praktisch nichts dafür bekommen. Kein Wunder, dass

dann der Beschäftigungsstand hoch ist, aber das Einkommen ziemlich niedrig. Geradezu absurd wird das deutsche „Geschäftsmodell“, wenn man berücksichtigt, was mit der Gegenposition des Leistungsbilanzüberschusses passiert. Denn in dem Maße, wie nicht Waren, Dienstleistungen, Patente oder Lizenzen eingeführt werden, entstehen Forderungen gegenüber dem Ausland – aber die schreiben wir dann in großem Umfang ab. Wie das DIW berechnet hat, beliefen sich die Wertverluste auf das Nettoauslandsvermögen auf 20% der gesamten jährlichen Wirtschaftsleistung.¹

Mit anderen Worten: Deutschland liefert Fahrzeuge, Werkzeugmaschinen und Chemikalien an das Ausland und erhält im Gegenzug Forderungstitel, die dann deutlich abgewertet werden. Aber die Politik ist ganz stolz, dass das Ausland unsere Produkte begeistert kauft und sich Unternehmer und Arbeitnehmer dafür abrackern! Als Geschäftsmodell hat das schon einen gewissen masochistischen Grundzug. (Man bedenke: die Target-2-Salden gegenüber Italien belaufen sich derzeit auf rund 500 Mrd. Euro – es erscheint eher unwahrscheinlich, dass diese Forderungen jemals beglichen werden).

Hinzu kommt, dass die gegenwärtig niedrige Bewertung des Euro zum Dollar deutsche Exportprodukte verbilligt und einen zusätzlichen Schub für das Auslandsgeschäft bedeutet. Das entspricht einer Subvention der deutschen Exportwirtschaft über den Wechselkurs, was am Ende zu einem überdimensionierten Industriesektor beiträgt. Sorgen über eine Korrektur dieser Verzerrung sind nur zu berechtigt. (Damit ist die Situation Deutschlands genau spiegelverkehrt zu Brexit-Großbritannien: Durch den Austritt aus der EU dürfte der Wechselkurs des Pfund gegenüber dem Euro (noch) weiter sinken, wodurch der Industriesektor dort eine Renaissance erleben wird, zulasten der Finanzbranche).

Der künstlich aufgeblähte Exportsektor bremst obendrein die Innovationsbereitschaft. Das Exportieren ist unter diesen Umständen vergleichsweise einfach, so dass Anstrengungen für neue Produkte und Prozesse im Zweifel hintangestellt werden. Die „Peitsche des Wettbewerbs“ ist eher schwach zu spüren, denn das Geschäft läuft ja (wenn nicht gerade Donald Trump querschießt). Die Erfahrung zeigt, dass deutsche Unternehmen gerade dann besonders innovativ und wettbewerbsstark waren, wenn DM bzw. Euro hoch bewertet wurden.

Das verbreitete undifferenzierte Lob deutscher Exporterfolge hat etwas Pathologisches und ist kein Ausweis guten Ökonomieverständnisses. Zumindest ist die volkswirtschaftliche Sicht eine etwas andere als die betriebswirtschaftliche. Exporte sind kein Wert an sich, sondern müssen daran gemessen werden, was man dafür bekommt.

¹ Kumulierte Werte für den Zeitraum 2006 bis 2012. DIW Wochenbericht 49/2013, 32 – 40. Die Vermögensverluste sind nicht wechselkursbedingt, da sich der nominale effektive Wechselkurs nur geringfügig verändert hat. Eine aktuelle Studie des Instituts für Weltwirtschaft (Kiel Working Paper No. 2133, July 2019) bestätigt die Diagnose des „dumb German money“ für die Zeit von 1975 bis 2017.

Münster, den 19. August 2019

Westfälische Wilhelms-Universität Münster
Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät
Universitätsstraße 14-16
48143 Münster

Ansprechpartner:

Prof. Dr. Bodo Risch

Honorary professor of the Faculty of Business Administration

Email: dr_risch@yahoo.de

www.wiwi.uni-muenster.de/mpp

Der Inhalt des Textes repräsentiert die persönliche Meinung der Autoren und stellt nicht zwingend den Standpunkt der Westfälischen Wilhelms-Universität beziehungsweise der ihr angehörenden Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler dar.